

19.03.2010, Masrawy (ägyptische Zeitung)

## **Erdogan droht mit Ausweisung illegaler armenischer Einwanderer**

*Ankara, Reuters*

*von Ibon Villeda*

Der türkische Ministerpräsident Rajeb Tayyep Erdogan hat damit gedroht, tausende illegale armenische Einwanderer abzuschicken, nachdem amerikanische und schwedische Parlamentarier jeweils Resolutionen verabschiedet hatten, die den Tod von Armeniern durch die osmanischen Türken während des Ersten Weltkriegs als Genozid bezeichnen.

Bereits zu einem früheren Zeitpunkt dieses Monats hatte die Türkei jeweils ihre Botschafter aus Washington und Stockholm abgezogen, als das schwedische Parlament und ein Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses die nicht bindenden Resolutionen verabschiedet hatten. Ankara hatte davor gewarnt, dies könne für die fragilen Bemühungen zur Aussöhnung zwischen der Türkei und Armenien nach hundert Jahren der Feindschaft schädlich sein.

Der türkische Ministerpräsident war am Dienstag bei einem Gespräch mit dem türkischen Programm der BBC nach seiner Meinung zu den beiden Resolutionen gefragt worden. Erdogan erklärte: „Zur Zeit leben 170.000 Armenier in unserem Land, und lediglich 70.000 von ihnen sind türkische Staatsbürger. Die übrigen 100.000 tolerieren wir. Falls nötig, sage ich möglicherweise diesen 100.000: Geht in euer Land. Denn sie sind nicht Landsleute, ich bin nicht gezwungen, sie in meinem Land bleiben zu lassen.“

Kommentatoren meinten, die Resolution des US-amerikanischen Abgeordnetenausschusses könne Folgen für die Nutzung des im Südosten der Türkei gelegenen Luftwaffenstützpunktes Incirlik durch die USA haben. Incirlik ist von zentraler Bedeutung für die US-amerikanischen Truppen auf dem Weg aus dem bzw. in den Irak.

In Armenien gab es starke Reaktionen auf die Äußerungen Erdogans. So erklärte der armenische Ministerpräsident Tigran Sargsjan: „Politische Äußerungen solcher Art sind für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten nicht hilfreich.“

Sargsjan meinte weiterhin: „Ich stimme mit der Bewertung überein, die sagt: Wenn der türkische Ministerpräsident sich solche Äußerungen erlaubt, erinnern wir uns sofort wieder an die Geschehnisse von 1915.“

In Istanbul arbeiten tausende illegale Einwanderer aus Armenien. Mehrheitlich handelt es sich um Frauen, die aus armen ländlichen Regionen stammen und als Putzkräfte oder in anderen Jobs arbeiten, die keine Qualifikation erfordern. Viele Armenier kamen nach dem Erdbeben dorthin, das ihr Land im Jahre 1988 heimgesucht hatte.

Die Zahl der armenischen Einwanderer in der Türkei ist nicht genau bekannt. Doch türkisch-armenische Gruppen sagen, dass die türkischen Politiker bei der Zahl der illegal eingewanderten Arbeiter übertrieben und damit drohten, sie abzuschicken, wenn die Spannungen zwischen Ankara und Eriwan zunehmen.

Erdogan meinte, den armenischen Einwanderern sei gestattet worden, in der Türkei zu arbeiten, „als Zeichen dafür, dass wir den Weg des Friedens gehen. Doch wir müssen dafür auch etwas als Gegenleistung bekommen.“

Der Chefredakteur der türkisch-armenischen Wochenzeitung Agos, Aris Nalci, meint jedoch, dies sei nicht das erste Mal, dass Erdogan sich solcherart äußere: „Wir setzen uns mit diesen Äußerun-

gen nicht so auseinander, als seien sie eine ernsthafte Drohung.“

Die Türkei und Armenien hatten im vergangenen Jahr historische Abkommen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und zur Öffnung der Grenzen unterzeichnet. In beiden Ländern haben die Parlamente die Abkommen allerdings noch nicht ratifiziert. Die Regierungen der beiden Länder beschuldigten sich gegenseitig, zu versuchen, den Vertragstext abzuändern.

Die Worte Erdogans könnten die Spannungen verstärken, die bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgetreten sind. Sargsjan aber meint, das Problem der illegalen Einwanderer müsse diplomatisch gelöst werden. Und damit das geschehen könne, müssten die Beziehungen normalisiert werden.

An der Drohung, die Armenier abzuschieben, werden sich zudem die europäischen Regierungen stören, welche sich für den von der Türkei angestrebten Beitritt zur EU ausgesprochen und die Friedensabkommen mit Armenien unterstützt haben.

Suat Kiniklioğlu, außenpolitischer Sprecher der regierenden AKP-Partei, spielte unterdessen Erdogans Äußerungen herunter: Der Ministerpräsident hätte das Gefühl gehabt, dass es nötig sei, „die Öffentlichkeit“ an die Armenier, welche illegal in der Türkei lebten, „zu erinnern“. Erdogan, so Kiniklioğlu, „hat von nichts gesprochen, was heute oder morgen stattfinden wird.“

Erdogan beschuldigte im Interview mit der BBC im Ausland lebende Armenier, hinter der Verabschiedung der beiden Resolutionen zu stecken. Armenien und andere ausländische Regierungen forderte er auf, sich Pressure Groups nicht zu beugen. Die Regierungen der USA und Schwedens waren jeweils gegen die Resolutionen gewesen, die mit hauchdünnen Mehrheiten verabschiedet wurden.

Die Armenierfrage ist insbesondere in der Türkei ein sensibles Thema. Dort gesteht man zwar ein, dass viele christliche Armenier von den türkischen Osmanen umgebracht worden seien. Den Tod von 1,5 Millionen in einem Genozid aber streitet man ab. Letzterer ist der Terminus, den viele westliche Historiker und einige Parlamente im Ausland gebrauchen.

*Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg*